

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 21.

Paderborn, 17. Februar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins 2c. Amtliches.

Deutschland. Berlin (Mundschreiben v. Gagern's; der Kampf in Posen; der Köln-Münster-Viehversicherungsverein; Gutachten über die Reorganisation der Gerichtspflege); Frankfurt (Nationalversammlung); Köln (die Wahlen); Düsseldorf (Versammlung der Gewerbegerichtsdeputirten); Posen (neuer Aufstand befürchtet); Königsberg (die Wahlen); Aus Thüringen (Republikanische Schilderhebung im Werke); Wien (Hausdurchsuchungen); Verstärkung der Garnison; Stimmung in Ungarn; vom Kriegsschauplatz; Kremser (der Reichstag).

Dänemark (Kustungen); Alsen (Befestigungen auf der Insel Alsen).

Die Abgeordneten zur 1. Kammer.

Personal-Chronik.

Gewerbliches.

Landwirthschaftliches.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. Decmber 1848.

Fortsetzung.

In der nordamerikanischen Republik haben, soviel bekannt, nur die beiden letzten Präsidenten einigemal von ihrem Rechte einem im Kongresse angenommenen Gesetze zu widersprechen, Gebrauch gemacht. -- Norwegen mit etwa einer Million Einwohner, über dessen Geschichte, seiner proclamirten Selbstständigkeit ungeachtet, im Kieler Frieden 1814 zwischen Dänemark und Schweden entschieden wurde, ergab sich der Krone Schweden erst nach kurzem Kriege und nachdem ihm überlassen worden, durch eine Verfassung seine Rechte zu wahren.

Da kam es weniger darauf an, die Rechte des Königs von Norwegen im Verhältnisse zu seinen Normannen zu beschränken, als darauf, den Norwegischen Staat vom Einflusse des dreimal größeren Schwedischen Staates frei zu erhalten. Vorzugsweise deshalb wurde in der Verfassung (November 1814) dem schwedischen Könige, als König von Norwegen, nur ein auf zweimal beschränktes veto beigelegt. Es ist jedoch erst in neuester Zeit einmal der Fall vorgekommen, daß der König, welchem durch die hierarchische Macht des protestantischen Klerus Schwedens die Hände gebunden waren, einem religiös freisinnigen Beschlusse des Storting's zweimal die Genehmigung verweigern mußte, worauf die Emanzipation aller Kulte für Norwegen, vom Storting zum drittenmale angenommen wurde, und dieselbe dadurch Gesetzes Kraft erhielt. Dieser Fall beweist unter den besondern Umständen des Regenten von Norwegen gar nichts.

Es muß dagegen hervorgehoben werden, daß selbst in der Norwegischen Verfassung §. 112 auf den Fall einer Abänderung der Verfassungs-Urkunde im Wege der Revisionsgesetzgebung ausdrücklich bestimmt ist:

„doch darf solche Veränderung niemals den Prinzipien dieses Grundgesetzes widerstreiten, sondern allein Modifikationen in einzelnen Bestimmungen betreffen, die den Geist dieser Verfassung nicht verändern.“

Unterseits bestimmt die, nicht unter einer bestehenden Königl. Gewalt, errichtete Verfassungs-Urkunde Belgiens im §. 130:

„die Staatsverfassung kann weder ganz noch theilweise aufgehoben werden“

und in Beziehung auf eine Abänderung der Verfassungs-Urkunde im Wege der Revision, der §. 131:

„die Kammern beschließen in Gemeinschaft mit dem Könige über die der Revision unterworfenen Punkte.“

Nach §. 26 findet ebendasselbe auch bei der fortlaufenden ordentlichen Gesetzgebung Statt. —

Nach Frankreichs erster Revolution wurde erwähnenswerth in der ersten Verfassung von 1789 zwar ein suspensives veto des Königs auf zwei Fälle aufgestellt, als der König jedoch nur ein erstesmal in Beziehung auf die Gewaltmaßregeln gegen die Religionsinstitute und die Geistlichkeit von seinem veto Gebrauch machen wollte, wurde er als „Monsieur veto“ von der anarchischen Partei mit den scheußlichsten Gewaltmaßregeln verfolgt, die Monarchie gestürzt und die absolute Schreckensherrschaft eingeführt, bis die Gewalt- und Schreckenspartei 1794 mit Robespierre selbst wieder unterging, worauf nicht lange nachher die Militärherrschaft der Republik ein Ende machte.

Nach allem Vorangeführten muß zur Erschöpfung der Frage über das veto in grundsätzlicher Beziehung noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß dieselbe mit der Frage

nach der **s. g. Volkssouverainität**

zusammenfällt. Da nun aus diesem Begriffe auch manches Andre auf die Staatsverfassung bezüglich hergeleitet zu werden pflegt, so wird eine kurze Erörterung darüber am geeignetsten hier ihren Platz nehmen.

Was bedeutet nun die Volkssouverainität? Wörtlich genommen enthält das Prädikat souverain nur eine verneinende Bezugnahme; das Wesen: Staat oder Mensch, welches souverain ist hat kein andres Wesen der Art über sich. Mit diesem Worte wäre also dem Inhalte nach nichts Bestimmtes angegeben, und man brauchte in so weit keine absonderliche Reverenz vor dem nur als souverain betitelten Wesen zu haben. Hört man von einem Staate nur dies, daß er souverain ist, so kann er Republik, Despotie oder Monarchie, und dann noch ein sehr großer und mächtiger, oder ein winziger, morscher und angefault sein. Ein souverainer Herr, kann wie Titus die Sonne und wie Nero der Abscheu der Welt, er kann wie Georg I. ein sehr beschränkter Monarch, oder wie Zwan graufiger Herr über Leben und Tod seiner Unterthanen sein.

Der Sache nach ist die Souverainität ein echt französisches Kabinetstück, nach Deutschland hinübergeschleudert, und in die Stelle der Landeshoheit gesetzt. Nun sprach man von der Staatsgewalt, die als Form, in welcher der Staat lebt und sich bewegt, allerdings ihren vollberechtigten Sinn hat, aber etwas ganz andres ist, als die frühere Landeshoheit. Die Inhaber der Landeshoheit hätten sich also nicht für die Inhaber der Souverainität ausgeben sollen! Dies, und daß sie sowol in Republiken als vorzugsweise in Monarchien, sich sogar inhaltlich die alleinige Staatsoberherrschafft aneigneten, war ein schweres Unrecht! Denn die Fürsten, welche sich nun als Souveraine bezeichneten, mißbrauchten die dem Staate zukommende Oberherrschafft allmählig dergestalt, daß sie jedes andre Organ des Volkswillens beseitigten, und behaupteten, daß sie die alleinige Quelle eines volklichen Willens seien. Das war eben nichts als Willkühr und Täuschung, welche zur Verhöhnung ihres Ungrundes ein fremdländisches Wort, und was fälschlich daraus hergeleitet wurde, zum Deckmantel gebrauchte. Man eskamotirte den Staat für die dahingegebene Hoheit über Land und Leute, über Theile des Volkes, obwol doch das Volk nicht der Staat ist. Der Staat, das höchste Kunstwerk menschlichen Geistes, durch welchen das naturwüchsige Volk erst eine sittliche Macht und ein geistig organisirtes Wesen wird, der Staat, welcher untrennbar an dem Volke haftet, indem er eben eine Vergeistigung